

Ultraliberale Korrespondenz Nr. 26 01-09-2015

Stimmenkauf

Ende der sechziger Jahre wollte sass ich bei einem Geschäftsmann in Beirut beim Tee. Wir wollten ein Geschäft anbahnen, aus dem aber dann nichts wurde. Da kamen zwei Besucher. Der Geschäftsmann entschuldigte sich, er müsse die beiden empfangen, weil er bei der anstehenden Parlamentswahl in dem Bezirk kandidiere, wo sich das Dorf der Beiden befindet. Es waren recht einfache Leute und leider sprachen Sie nicht Französisch, sondern Arabisch und ich verstand nichts. Aber mein libanesischer Freund, der mit dabei war, erklärte mir im Flüsterton einiges. Sie boten dem Geschäftsmann die Stimmen der Dorfbewohner an und diskutierten über den Preis. Als nach langem Hin-und Her das Gespräch beendet war, flüsterte mir mein Freund zu, dass die Sache schief gegangen sei. Unser Geschäftsmann sei einfach zu geizig gewesen. Die Stimmen des Dorfes würde wohl ein Anderer kaufen.

Und in Europa ?:

Der Vorgang schockierte mich damals ungemein – heute immer noch, aber etwas weniger. Immerhin wollten die Leute nur das Geld unseres Beirut Geschäftsmanns und wahrscheinlich noch nicht mal sehr viel. Der Stimmenkauf, der inzwischen in Europa üblich wurde, ist viel viel dramatischer. Am Anfang steht wohl eine menschliche Veranlagung: Die meisten von uns sind recht sparsam, wenn es um Ausgaben für sich selbst geht. Grosszügiger sind sie schon, wenn sie mit ihrem eigenen Geld jemand Anderem eine Freude machen können. Und alle Dämme brechen, wenn man mit Geld von Anderen, Dritten etwas Gutes tun kann. Und wenn das eigene Ansehen bei den „Dritten“ auch noch steigt um man dann vielleicht gewählt wird – dann gibt es oft kein Halten mehr.

Vor zwei Jahren wurde der Grossneffe meiner Frau geboren. Er ist Italiener und lebt mit seinen Eltern in Italien. Er weiss noch nicht, dass er der italienische Staat ihn bereits mit ca. 40.000 Euro Schulden belastet hat. Das ist künftig nicht nur für den kleinen Mann sondern für ganz Europa ein Problem. Es wäre also für ihn und für Europa wohl viel besser, wenn er in Deutschland geboren wäre. Aber dann wäre er auch nicht schuldenfrei. Immerhin hätte er dann nur ca. 28.000 Euro Schulden. Das ist auch kein Pappenstiel. Nun - die Zahlen sind alle etwas vage, je nach dem, woher man sie holt. Vielleicht stehen den italienischen 40.000 ja erhebliche – geheime – Vermögenswerte gegenüber, die sich in Jahrzehnten der Steuervermeidung angehäuft haben. Wenn ein italienisches Unternehmen in Schwierigkeiten kommt, ist es immer noch besser einen geheimen – vielleicht Schweizer – Schatz aufzulösen als stolz auf eine geringere Staatsverschuldung unter zu gehen.

Unverantwortlich scheint es aber zu sein, dass deutsche Politiker eingedenk der „sprudelnden Steuereinnahmen“ sich auf die Suche nach mehr oder weniger grossen Gerechtigkeitslücken machen um diese eiligst mit viel Geld zu stopfen um so an die Wählerstimmen der Begünstigten heran zu kommen, wie z.B. Frau von der Leyen mit ihrer Mütterrente und mit vielen anderen Dingen.

Auch die Schweiz ist davor nicht gefeit. Die erstklassigen Wirtschaftsdaten beflügelten alle möglichen linken Gruppen sich die Spendierhosen anzuziehen und Vorschläge zu machen, was man alles Schöne mit dem Geld anderer Leute anstellen könnte. Da gibt es aber einen Unterschied. Am Ende entscheiden nicht die an Wählerstimmen interessierten Politiker über die Wohltaten, sondern die Stimmbürger, die meist wohl merken, dass man ihnen das Geld aus der linken Tasche heraus holt um ihnen dann die Hälfte wieder in die rechte Tasche zu stecken. So werden die meisten dieser schönen Ideen abgeschmettert. Nur bei der Landwirtschaftsförderung, da gab es bisher keine Grenzen, aber das scheint sich nun vielleicht etwas zu ändern.

Parteienfinanzierung:

Sicher wird den Parteien auch Geld gegeben in der Hoffnung, dass sie dafür die Interessen der Spender vertreten. Das können einige grosse Geber sein – dann ist das in Europa weitgehend verboten – oder viele kleine – das ist dann erlaubt. Die Praxis kann als problematisch angesehen werden. Aber es ist nicht zu verhindern und sollte auch erlaubt sein. Gross-Spender finden – trotz Verbotes – die Möglichkeit den Parteien etwas Gutes zu tun. Sie können z.B. selbst Werbung für ihre Angelegenheit machen, die dann dem Programm der Partei ähnlich ist oder einfach selbst direkt für eine Partei Werbung machen. Und – ohne Parteien keine Demokratie und ohne Geld keine Parteien. Viele sehr verdiente Politiker sind schon über dieses unsinnige Finanzierungsverbot gestolpert – Kohl, Schäuble, Lambsdorf usw.

Die beste Garantie dafür, dass einflussreiche Firmen oder kleine Pressure-Gruppen erfolgreich Druck mit Geld oder Wählerstimmen auf die Parteien ausüben ist immer noch die Volksabstimmung. Da ist es aber ohnehin sinnlos, Beeinflussungsversuche zu verbieten. Jeder setzt natürlich seine Mittel – Geld oder viele Wählerstimmen - zu seinem Vorteil ein. Deshalb hat die Schweiz logischerweise auch die internationale Vereinbarung gegen diese Zuwendungen nicht ratifiziert.

Noch'n Formular:

Den Attentäter im französischen Eisenbahnzug hatten mehrere Geheimdienste schon auf dem Bildschirm. Möglicherweise haben die bösen Geheimdienste auch seine Privatsphäre verletzt. Aber sie waren immerhin so rücksichtsvoll, dass sie ihn nicht daran gehindert haben in einem Park ganz zufällig eine Maschinenpistole und noch ein paar andere Waffen zu finden. So sehr wollten Sie ja dann wohl doch nicht spionieren. Nun kommt von einem europäischen Politiker – dem französischen Innenminister – tatsächlich der Vorschlag, dass man Fahrkarten für Fernzüge nur noch namentlich Tickets kaufen können solle.

Da regen wir uns in Europa schrecklich über die NSA, die renseignements généraux, den BND usw. auf - und dann sowas. Dann wird man sicher nur noch nach Vorlage eines Dokumentes und Ausfüllen eines Antragsformulars (z.B. im Internet – mit Codewort) und nicht mehr in bar, sondern per Kreditkarte mit einem Zug fahren dürfen. In Italien gilt schon heute die faschistoide Regelung, dass man nichts mehr über 999,99 Euro in bar bezahlen darf.

Ich kann verstehen, dass viele meine Meinung nicht teilen, aber ich meine: Wenn es nötig ist, spioniert mich ruhig aus, hört mein Telefon ab, gafft in meinen Computer, installiert Mikrophone, aber hört auf mich zu belästigen mit euren vielen Regelungen, Vorschriften, Verboten, eurem Tugendwahn, eurer faschistoiden political correctness, euren hysterischen Umwelt- und Klimaforderungen, irrsinnigen Steuern und Abgaben und schickt mir keine Formulare mehr zu. Und wenn ihr mir doch ein Formular senden müsst, dann bitte auf weichem – saugfähigem Papier, damit ich es auf der Toilette benutzen kann.

Mit freundlichen Grüßen

Peter Paris

Stiftung/Fondazione Liberalissimo & Jeunesse d'Afrique i.G./i.f. Via Monte Grappa, 2 , I - 21010
Castelveccana (Varese/Italy) Tel. (+39)0332 520318; Mobil.: 335 6821302 (No SMS),
Fax: (+39)0332 522 E-mail: liberalissimo@euroschumann.eu